W13 W13 - Energie

Gremium:	AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau
Beschlussdatum:	31.03.2016

In Berlin wird viel über Klima- und Umweltschutz geredet, aber viel zu wenig dafür getan. Der große Nachholbedarf bei der Erneuerung öffentlicher Gebäude und der anstehende Neubau tausender Wohnungen in der Wasserstadt Spandau muss konsequent genutzt werden, um umwelt- und klimaverträgliche Investitionen zu tätigen. Dafür ist ein gestärktes Bezirksamt notwendig. Das Umweltamt soll zu einem Amt für Umweltschutz, Klimaschutz und Erneuerbare Energien ausgebaut werden, das diese Aufgaben fachkompetent erfüllen kann. Der Bezirk soll vorbildlich werden beim Energiesparen und der Nutzung Erneuerbarer Energien in bezirklichen Gebäuden. Die Dächer der öffentlichen Gebäude sollen Vereinen bzw. Genossenschaften oder dem neuen Grünen Klimastadtwerk für die Aufstellung von Solaranlagen zur Stromerzeugung angeboten werden.

Das Land Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 „klimaneutral" zu werden. Das heisst, der CO2-Ausstoß muss bis dahin drastisch reduziert werden. Die öffentlichen und privaten Gebäude müssen dazu energieeffizient saniert werden. Der verbleibende Energiebedarf muss spätestens ab 2050 im Wesentlichen aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Bei Neubauten der öffentlichen Hand wollen wir ab der Legislaturperiode 2016-2021 den Passivhausstandard erreichen, also einen sehr geringen Energiebedarf. Bei Modernisierungen öffentlicher Gebäude wollen wir den Niedrigenergiehausstandard erreichen (ca. 30 kWh Wärmebedarf je qm je Jahr Nutzfläche). Dabei setzen wir uns für Lösungen ein, die Baukultur und Denkmalschutz mit ökologischer Nachhaltigkeit verbinden (z.B. geringer Energiebedarf bei Strom, Wärme und Beleuchtung, wassersparende Technik, Reduzierung der Müllmengen).Bei der geltenden Energieeinsparverordnung des Bundes („EnEV") ist eine bezirkliche stichprobenartige Prüfung bei Neubau und Modernisierung von Gebäuden sinnvoll. Diese Kontrollen finden bisher kaum statt. mit klimakapitel abgleichen

In öffentlichen Gebäuden in Spandau, die nicht an das Fernwermenetz angeschlossen sind, soll der Bezirk im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen einsetzen. Dabei soll geprüft werden, ob mit den Anliegern wirtschaftliche Nahwärmenetze, also Energiepartnerschaften, gebildet werden können.

Wer in Spandau GRÜN wählt:

- Wünscht die Erweiterung des Umwelt- und Naturschutzamtes zu einem Amt für Umwelt- und Naturschutz und Erneuerbare Energien
- Fordert verbindliche ökologische und energetische Kriterien für private und öffentliche Neubauten und Modernisierungen
- Will, dass die Arbeit der Klimawerkstatt Spandau, die den Themen Energie, Klima, Ökologie bei Neubau und Modernisierung von Gebäuden eine neutrale Beratung anbietet, weiter gefördert wird